Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 40 Pf.

„Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung" erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Dienstag „Modenspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag „Sportspiegel", jeden Freitag Witzblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslowakischen Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Finnlands; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzbd. durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 18 M. einschl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatl. 18 M. bei täglich zweimal. Zustellung ins Haus. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieh. kein. Anspr. auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechend. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Zentrum 10181—10144, f. d. Fernverk. 14207—14209.) Tel.-Adr.: „Berlibla", Berlin. Insertionspreis: Zeile 10 M., Stellen-Gesuche und Familien-Anzeigen 5 M. Nachrufe nach Abl. Tarif.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstraße 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswald. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnbg. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Mart.-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserpl. 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburg. Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Nr. 468 • Ausgabe A Nr. 236
Ausgabe für Berlin und Umgegend Nr. 468

Mittwoch, 5. Oktober 1921
50. Jahrgang

# Vor der Entscheidung über Oberschlesien.

## Uebereinstimmung im Völkerbundsrat.

### Bekanntgabe wahrscheinlich am Sonnabend. — Teilung nach den polnischen Wünschen?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

♀ Paris, 4. Oktober.

Der Korrespondent der „Information" in Genf teilt mit, daß der englische Delegierte beim Rat des Völkerbundes, Fisher, nach London abgereist ist, um Lloyd George den Vorschlag zu einer Lösung für Oberschlesien zu überbringen. Ueber diese Lösung werden folgende Angaben gemacht, für die der französischen Zeitung die Verantwortung überlassen werden muß: Der Rat des Völkerbundes ist der Meinung, daß das oberschlesische Problem von zwei Gesichtspunkten aus zu beurteilen ist. Es ist von politischer Bedeutung, aber seine wirtschaftliche Bedeutung ist nicht geringer. Wenn der polnischen Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade die Projekte Korfantys und des Generals Le Rond als gerechtfertigt erscheinen, so ist doch auf der anderen Seite anzuerkennen, daß in der polnischen Zone wichtige deutsche Interessen wirtschaftlicher Natur vorhanden sind, und daß diese Interessen eine gerechte Berücksichtigung verlangen. Es ist deshalb die Meinung der Kommission gewesen, daß die Frage nach beiden Richtungen hin geprüft werden muß, um eine unparteiische Lösung zu finden. Der Korrespondent glaubt sagen zu dürfen, daß eine politische Grenze vorgeschlagen wird, die für Polen etwas ungünstiger ist als die Sforza-Linie, aber doch hinsichtlich des Teilungsproblems den polnischen Forderungen entgegenkommt. Es sind Kompensationen in Aussicht genommen, für welche als Grundlage entweder die zahlenmäßige Gleichheit der beiden Bevölkerungen in den betroffenen Gebieten angesehen wird oder die von der Zahl der zugereisten Stimmberechtigten beeinflußt werden. Die deutschen wirtschaftlichen Interessen sollen durch verschiedene Maßnahmen berücksichtigt werden, die in dem neuen polnischen Gebiet folgende wirtschaftliche Freiheiten zusichern die Freiheit der Aus- und Einfuhr, finanzielles Arrangement, Befreiung von Zollabgaben.

Ob diese Angaben der „Information" zutreffen, wird sich bald zeigen. Daß der Korrespondent die Frage nicht unparteiisch beurteilt, beweist die Einleitung seines Artikels, in dem er zwei Gespräche, mit dem Vertreter der deutschen Interessen Dr. Geisenheimer und dem polnischen Arbeitervertreter Kot, wiedergibt. Die Unterhaltung mit Geisenheimer wird in wenigen Zeilen abgetan. Es wird lediglich gesagt, daß Herr Geisenheimer das Industriegebiet für unteilbar hält. Der Bericht über das Gespräch mit dem Polen ist fünfmal so lang. Der „Intransigeant" hält eine andere Lösung für wahrscheinlich, die dem zweiten Sforza-Projekt nahe kommt. Das „Journal des Débats" erfährt, daß der **Rat des Völkerbundes zu einem vollen Einverständnis gelangt** sei und daß die Lösung wahrscheinlich am Sonnabend erst noch dem Vorsitzenden des Obersten Rates übermittelt werden wird. Die Veröffentlichung wird durch den Völkerbund erfolgen.

## Für die Unteilbarkeit.

### Mr. David Hunter Miller für Deutschlands Recht. — Ein amerikanisches Gutachten.

Vor einigen Tagen wurde im „Berliner Tageblatt" ein Auszug aus dem Rechtsgutachten über die oberschlesische Frage veröffentlicht, das der frühere juristische Berater im amerikanischen Staatsdepartement, Mr. David Hunter Miller, auf Wunsch der deutschen Regierung abgefaßt hat. Mr. Miller, der als hervorragende Autorität auf dem Gebiete des Völkerrechts bekannt ist, war Rechtsbeistand des Präsidenten Wilson auf der Pariser Friedenskonferenz und darf im besonderen in allen Fragen, die den Völkerbund betreffen, als berufener Beurteiler gelten. Wir hielten es für zweckdienlich, ihn vor seiner heute erfolgenden Abreise aus Berlin um eine ausführliche Aeußerung zu der oberschlesischen Frage zu bitten.

Bei der Unterhaltung ging Mr. Miller von den Prinzipien des Völkerrechts aus. „Von größter Wichtigkeit", so begann er seine Ausführungen, „sind bei der Auslegung eines internationalen Vertrages die Erklärungen der vertragschließenden Parteien selbst über dessen Anwendung. Auf die richtige Auslegung ihrer Absichten kommt es an! Man kann also bei der Beurteilung der ganzen Frage die Vorgeschichte der Friedensverhandlungen nicht außer Betracht lassen, in der deutlich zum Ausdruck kommt, daß Wilsons 14 Punkte und seine nachfolgenden Erklärungen die Grundlage des Friedens mit Deutschland waren. Ja, mehr noch: daß die Zusicherungen des damaligen Präsidenten in dem Schriftwechsel, der dem Waffenstillstande vorausging, Voraussetzung für den Friedensschluß überhaupt gewesen sind. Der wichtigste der Abänderungsvorschläge der deutschen Friedensdelegation in Versailles betraf Oberschlesien. Dieser Abänderungsvorschlag hat zu dem Beschluß geführt, daß die Entscheidung über Oberschlesien durch Volksabstimmung erfolgen solle. Es lag auch eine ausdrückliche Vereinbarung zwischen den vertragschließenden Parteien vor dahingehend, daß, gemäß den vor dem Abschluß des Waffenstillstandes getroffenen Uebereinkünften, die oberschlesische Frage gemäß den von Wilson verkündeten Rechtsgrundsätzen zu lösen sei, das heißt, es **sollte 1. kein deutsches Gebiet abgetreten werden; 2. kein unbestreitbar polnisches Gebiet bei Deutschland bleiben, und 3. keinerlei Abtretung erfolgen außer im Interesse der beteiligten Bevölkerung selbst."**

„Von besonderer Bedeutung ist eine Betrachtung der Auffassungen, von denen die Vertragsbestimmungen über die Volksabstimmung eingegeben waren, und eine Zusammenfassung ihrer Ergebnisse. Bei der Formulierung jener Bestimmungen gingen die Mächte davon aus, daß Oberschlesien unbestreitbar polnisch sei. Die Abstimmung, welche ein Verhältnis von Deutschen zu Polen von 7 : 4 ergab, bewies die **hoffnungslose Unrichtigkeit dieser Auffassung.** Die Abstimmung fußte auf der Ueberzeugung der Alliierten, daß die Mehrheit der Bevölkerung polnisch sei, eine Behauptung, die eben von der Mehrheit der Bevölkerung widerlegt worden ist."

„In ihrer Antwort auf den deutschen Einspruch hatten die Mächte in Versailles besonders betont, daß die Volksabstimmung nur abgehalten werden sollte, weil Deutschland die polnische Mehrheit bestreite. Die Abstimmung hat aber 717 122 deutsche gegen 483 514 polnische Stimmen ergeben. Danach könnte man sich schon a priori schwer vorstellen, daß irgend jemand von Deutschland eine Gebietsabtretung an Polen verlangen würde."

„Wie stellt sich aber nun", so warfen wir ein, „die Sachlage dar, nachdem der Völkerbund um ein Gutachten über die oberschlesische Frage ersucht worden ist?"

„Der definitive Friedensvertrag", erwiderte Mr. Miller, „hat bestimmt, daß die endgültige Grenzbestimmung durch den Obersten Rat erfolgen soll. Der Oberste Rat seinerseits hat aber den Völkerbund um eine gutachtliche Aeußerung angegangen. Zuvor hatte der Oberste Rat, am 9. August dieses Jahres, einen Bericht der englischen, französischen und italienischen Sachverständigen entgegengenommen und gutgeheißen, der folgende drei Grundsätze aufstellte:

1. Die Mehrheit berechtigt nicht zum Besitz des ganzen Gebietes.
2. Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung und der geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen.
3. Grenzziehung nach Maßgabe der Abstimmung in den Gemeinden.

Bei einer eingehenden Prüfung aller einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages ergibt sich jedoch, daß der erste der eben zitierten Grundsätze der Sachverständigen falsch ist; eine Prüfung des zweiten und dritten Grundsatzes erübrigt sich somit. **Es kann keinerlei stichhaltiges Argument zugunsten einer Teilung Oberschlesiens beigebracht werden."**

„Lassen sich noch andere Gründe für diese Auffassung anführen?"

„Gewiß. Formaljuristische Erwägungen allein reichen nicht aus, um eine befriedigende Klärung der Frage herbeizuführen. Die Mächte haben ausdrücklich zugegeben, daß Wilsons vierzehn Punkte für die Entscheidung maßgebend sind. Daß die Mächte die Unteilbarkeit Oberschlesiens im Auge hatten, geht auch daraus hervor, daß in Clemenceaus Mantelnote vom 16. Juli 1919 die Abstimmungsfrage ausdrücklich wie folgt formuliert war: „. . . **ob Oberschlesien einen Teil Deutschlands oder Polens bilden solle."** Kann es eine deutlichere Formulierung geben? Hier ist nicht von Bezirken, von Becken, von Gemeinden die Rede. Wir haben es mit einer deutlichen Feststellung der Entscheidung der Mächte, wie sie Deutschland auferlegt und von ihm angenommen wurde, zu tun, an der nicht zu drehen und nicht zu deuteln ist."

„Was läßt sich gegen die polnischen Einwendungen hierzu sagen?"

„Der Gedanke, daß Teile des Staates von ihm abgeschnitten und auf Wunsch einer kleinen Zahl der Einwohner, welche die Grenze überschritten haben und nahe der Grenze wohnen, einem anderen Staate übergeben werden sollen, muß durchaus zurückgewiesen werden. Er stünde im Widerspruch zu Wilsons vierzehn Punkten und wäre nicht allein ungerecht, sondern, wie der Völkerbundsrat selbst gelegentlich der Entscheidung über das Schicksal der Alandsinseln erklärt hat, unverträglich mit der Idee des Staates als einer territorialen und politischen Einheit. **Das Verhalten des Völkerbundsrates in der Alandsfrage ist ein bündiges Argument gegen jede Teilung Oberschlesiens."**

„Wie läßt sich," frugen wir zum Schluß, „die Aufgabe des Völkerbundes umschreiben?"

„Der Völkerbund ist jetzt in der oberschlesischen Frage vollständig frei. Ihn bindet kein sogenannter Kompromißversuch, ihn bindet keine „Linie", die man auf einer Karte gezogen hat, um die widerstreitenden politischen Interessen und Aspirationen von Mächten, die nicht territorial in dieser Frage betroffen sind, zu versöhnen. Ihn bindet auch kein dem Obersten Rate unterbreiteter Sachverständigenbericht. Im Gegenteil liegt dem Völkerbunde die feierliche Pflicht ob, die in der oberschlesischen Frage in Betracht kommenden Grundfragen von Recht und Gerechtigkeit von Grund auf zu prüfen."

**„Ich komme zu dem Schlusse, daß nach Recht, Gerechtigkeit und Gesetz, Deutschland unbezweifelbar berechtigt ist, die Gesamtheit der Abstimmungszone in Oberschlesien als integralen Teil des deutschen Territoriums zu behalten, und ich bin der Ueberzeugung, daß das Gutachten des Völkerbundsrates an den Obersten Rat der Alliierten dementsprechend ausfallen müßte."**

# Schweizer Briefe.

## I. Genf.

Von [Nachdruck verboten.]

**Adolf Grabowsky.**

September in Genf. Schon fegt die Bise manchmal mahnend über den See, schneidend scharf das Wasser zu schäumigen Wellen peitschend, daß die kleinen Motorboote über Tal und Berg hüpfen müssen, schon zieht manchmal ein näßelnder Dunst über die Kuppen der Mont-Blanc-Kette, aber meist strahlen doch Stadt und See herrlich in blauer Glorie. Abends steht dann oft Alpenglühen auf dem Programm, und am Quai du Mont-Blanc können sich die Fremden aller Farben und Sprachen nicht lassen vor begeisterten Ausrufen der Bewunderung. Eigentlich strengt sich die Natur viel mehr an als die löbliche Stadtgemeinde. Gewiß, zu Ehren der zweiten Völkerbundsversammlung macht man hier und da ein bißchen Aufputz, aber im Ganzen und Großen ist dies die Stadt, die wir seit langen Jahren kennen, dies gar nicht pittoreske, gar nicht extravagante, vielmehr bürgerlich solide Genf, das beinahe in einem Klassenkampf steht zu den ungestüm trotzigen Bergen, die da drüben aus Savoyen hereinragen. Es gibt Ansichtskarten, auf denen dies Genf aussieht wie eine Häufung pariserischer Boulevards: da gleiten höchst elegante Frauen durch abendlich flammende Straßen, am Arm kleine Mädchen mit kürzesten Kleidern und farbigsten Strümpfchen, bunte Geschäfte streuen ihr prunkvollstes Licht auf das Pflaster, Hotelpaläste schimmern — aber das ist alles fromme Täuschung, nach deren Abbild man in Genf lange suchen kann. Wann war ich doch das erste Mal hier? Zu einer Zeit, da ich in einem längst eingestampften Buch, in dem Buch eines Zwanzigjährigen, dichtete:

„O wieviel weiße Nächte haben wir dort verbracht
Wo strömend ihrem See die Rhone entfließt",

aber seit dieser seligen Studentenzeit, in der alles größer und schöner erschien, sind die Genfer Hotels ganz dieselben geblieben: alte Kästen, in denen man für hohes Geld in niedrigen Zimmern hockt. Das schönste der Hotels, das Hotel National, weit draußen am Quai du Mont-Blanc, ist dazu noch dem Völkerbund zum Opfer gefallen. Heute nennt es sich stolz „Palais des Nations" und beherbergt die unzähligen Bureaus dieses glücklicherweise noch ziemlich unbureaukratischen Organismus. Denn wenn auch die Franzosen dem Generalsekretär Sir Eric Drummond vorwerfen, daß er viel zu viele Engländer anstelle und viel zu wenig Franzosen. Bureaukratismus haben sie diesem lebendigen hochgewachsenen Mann doch noch nicht ankreiden können.

Unten in den vormaligen Gesellschaftsräumen des Hotels die Konferenzzimmer, in denen die Kommissionen tagen, aber weit drüben, auf der anderen Seite des Sees, auf der anderen Seite der Stadt, der Schauplatz der Plenarversammlungen: die Salle de la Réformation. Raum mit zwei Galerien, die untere für die Presse, kahler Raum mit offenem Dachgebälk, nüchterner Raum gotischen Stils, wie man ihn um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts liebte. Daneben das Hotel Victoria, das man auch noch teilweise hinzugenommen hat. Aber Lusträume sind das alles nicht: verwinkelte Gemächer für die Presse mit sich schlängelnden Korridoren und Treppen hinauf und hinunter, ein wahrer Irrgarten, eine Bar für die Herren Delegierten wie aus einer Provinzhauptstadt geschnitten. Vor der Tür würdige Gendarmen, um den gar nicht überfließenden Verkehr und das gar nicht die Schranken sprengende Publikum im Zaume zu halten. Immerhin stehen täglich ein paar Leute, um die Auffahrt oder den Zugang von Balfour, Robert Cecil, Bourgeois, Viviani bis zum haitianischen Delegierten hinunter mit anzusehen. Und auch auf den Tribünen drängt sich das Volk in gemächlicher Fülle.

Wie ist die Versammlung? Ist sie so ernst, so würdevoll wie der äußere Aspekt? Eigentlich ja. Sehr feierlich immer die englischen Delegierten, feierlich die des Mutterlandes; feierlich die der Dominions. Und wenn Léon Bourgeois auf dünnen Beinchen und mit pompösem Obergestell durch den Saal trippelt, begleitet von seiner ewigen Sekretärin, der Egeria Frankreichs, so bemüht er sich offensichtlich, nicht nur den französischen Staatsmann, sondern auch den Ethiker des reinen Willens zu markieren. O ja — zwei Seelen wohnen, ach, in seiner Brust. Viviani aber taut eigentlich nur auf, wenn er reden darf, reden darf mit seiner fabelhaften Eloquenz, sonst sitzt er da mit einem bärbeißigen Gesicht, eine lebendige Illustration zu der Isolierung Frankreichs. Dazu noch Hanotaux mit seinem kleinen spitzen Gelehrtengesicht, auf dem spärliche Bartansätze ein verkümmertes Leben führen. Ja, es geht ernst und gewichtig zu in dieser Versammlung. Ernst und gewichtig schaut auch der überlange Professor Askenasi drein, der erste Delegierte Polens — das heißt, er bemüht sich um würdevolle Ruhe, es gelingt ihm nur nicht. Unzufrieden sieht er aus, ärgerlich und cholerisch, und er fuchtelt nervös mit den Händen, als ob er, gerade er, den unermüdlichen Sturz der polnischen Mark aufzuhalten bestimmt sei.

Draußen ziehen an heißen Tagen die Eisverkäufer umher. Einer hat sich ganz in der Nähe des Palais des Nations niedergelassen und sein Wagen trägt stolz die Inschrift „Aux Glaces des Nations". Soll das symbolisch sein? Eiseskälte zwischen den Nationen? Nein, es gibt keine behagliche Wärme